

Flucht und Heimat im Comic

Im Jahr 2018 konnte die PLANB-Integrationsagentur Herne einige Kooperationen realisieren – mit Akteur*innen sowohl aus Herne als auch aus der Region. Eine der interessantesten war zweifellos die Zusammenarbeit mit der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf in dem Projekt „Quo Vadis?!“

Bei „Quo Vadis?!“ verfassten Student*innen der Heinrich-Heine-Universität gemeinsam mit Schüler*innen verschiedener Schulen aus der Umgebung Comics. Diese behandelten Themen wie Flucht, Migration, Heimat und Identität. Die Comics wurden zusammen mit Texten zu denselben Themen zusammengetragen und veröffentlicht. Außerdem entstand ein Trickfilm, der die genannten Themen aus Sicht der Schüler*innen darstellt – ein amüsantes und erfrischendes Werk für Groß und Klein. Die PLANB-Integrationsagentur hat

– zusammen mit Rahel Steffen aus dem jungen Herner Tanzensemble Ensemble und Dr. Angela Weber von der Heinrich-Heine-Universität – dieses Projekt nach Herne geholt. Im Rahmen des „Junge Impulse“-Festivals im Oktober 2018 fanden an der Realschule Crange eine Lesung, eine Filmvorführung und anschließend eine Ausstellung statt. Damit ist das Projekt nicht abgeschlossen: Die Ausstellung mit Comiczeichnungen aus dem Projekt „Quo Vadis?!“ wird wandern und an weiteren Orten zu sehen sein.

Wanderausstellung

Mehr Infos zu Terminen und Orten der Ausstellung in der nächsten Ausgabe des Newsletters Migration. Infos zum Projekt „Quo Vadis?!“ auf www.projekt-quovadis.de/

Liebe Leser*innen,

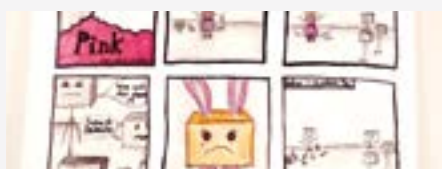
hinter uns liegt ein intensives Jahr voller Dynamik in den Themenfeldern Migration und Integration. Wir starten in das Jahr 2019 mit guten Resultaten und ermutigenden Nachrichten. Gleichzeitig sehen wir: Es bleibt schwierig. Fortschritte in der Integrationsarbeit gibt es nach wie vor nicht geschenkt.

Zu den ermutigenden Erfolgen zählen wir das gerade abgeschlossene Projekt Blickwinkel. In einer viel beachteten Ausstellung ernten die Teilnehmer*innen viel Lob und Anerkennung. Sie sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen und halten uns den Spiegel der Fotografie vor. Riskieren Sie einen Blick – es lohnt sich! (S. 10) Auch das Projekt Bachtalo zieht ein positives Fazit – und hofft auf eine Verlängerung (S. 3). Mit fast 1000 Downloads hat mbeon, die Migrationsberatung per App, ebenfalls eine positive Zwischenbilanz vorzuweisen. Hier sind Ansatzpunkte zur weiteren Optimierung definiert worden (S. 4).

Harte Arbeit bleibt nötig zur Integration von Roma-Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf (S. 7) und zur Unterstützung von Menschen mit sogenannten Kettenduldungen (S. 11). Lesen Sie außerdem, welche Chancen der § 25 a Geflüchteten bietet (S. 6) und wie Arbeitgeber-Präsident Ingo Kramer die Integrationschancen auf dem Arbeitsmarkt bewertet (S. 8).

Wir wünschen eine spannende Lektüre und viel Vergnügen beim Lesen!

Ihr Redaktionsteam



Dr. Angela Weber (li.) mit Kolleginnen der Heinrich-Heine-Universität



Dr. Angela Weber (2. v. l.), Mahmut Hamza von PLANB (Mitte) und Rahel Steffen von Ensemble (r.)

04 PROJEKTE
mbeon:
Erste Evaluation

06 FAKTEN
Perspektiven durch
Integration: § 25 a

10 PROJEKTE
Blickwinkel:
Was bleibt?

Neuer Erlass zum Kirchenasyl

Neben Abschiebungen in das Heimatland finden auch Rückführungen innerhalb Europas statt, da nach der europäischen Dublinverordnung (Dublin III) das Ersteinreiseland zuständig ist für die Durchführung des Asylverfahrens. Betroffene erhalten einen sogenannten Dublinbescheid und es wird versucht, sie innerhalb der folgenden sechs Monate in dieses Land zu überstellen. Klappt das nicht, wird in der Regel Deutschland für das Verfahren zuständig.

Seit Frühjahr 2015 ist für diese so genannten Dublinfälle ein Verfahren zwischen dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und den Kirchen verabredet. Danach hat jede Landes- oder Freikirche und jedes Bistum eine Ansprechperson, die die Fälle als Dossiers zur Überprüfung beim BAMF einreicht. Die Dossiers sollen einige Basisdaten zur Person enthalten und die drohende besondere Härte schildern. Gegen diese Regeln haben viele Gemeinden verstoßen.

Das BAMF teilt mit, dass bei den dort registrierten 2533 Kirchenasylmeldungen für 3481 Personen im Zeitraum vom 1. Januar 2017 bis zum 30. Juni 2018 „das Nichteinreichen von Härtefalldossiers und das Nichtbenennen von kirchlichen Ansprechpartnern“ die Haupthindernisse gewesen seien. Lediglich in 58 Prozent der Fälle wurde dem BAMF ein*e Ansprechpartner*in genannt.

Frist auf 18 Monate verlängert

Deshalb haben Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) und seine Kolleg*innen in den Ländern einen Erlass verordnet, der es für



Regelbrecher*innen noch schwieriger macht. Sie müssen sich seit August 2018 darauf einstellen, ein Kirchenasyl 18 Monate lang zu gewähren. Das ist kaum zu schaffen. Konkret verlängert der neue Erlass die Überstellungsfrist bei Kirchenasylen auf 18 Monate, wenn

- ✓ bei der Meldung des Kirchenasyls nicht deutlich wird, dass ein*e kirchliche*r Ansprechpartner*in einbezogen ist,
- ✓ innerhalb eines Monats nach der Kirchenasylmeldung kein Dossier zur Begründung eingeht oder
- ✓ der*die Antragsteller*in das Kirchenasyl trotz abschlägiger Entscheidung des BAMF nicht verlässt.

Kirchen, Flüchtlingsorganisationen und Unterstützende kritisieren diese Regeln scharf. Ein bundesweites Bündnis mahnt, das Kirchenasyl werde dadurch ausgehöhlt, und fordert ein entschlossenes Einstehen für „die notwendige Solidaritätspraxis“.

Die zentrale Ausländerbehörde (ZAB) in Essen

Als landesgeförderte freiwillige Ausreise- und Perspektivberatungsstelle mit Schwerpunkt der Perspektivberatung hatten wir jetzt die Gelegenheit zu einem Besuch der zentralen Ausländerbehörde (ZAB) Essen.

Im Gespräch mit dem Fachbereichsleiter und dem stellvertretenden Abteilungsleiter erhielten wir Antworten auf unsere Fragen zu den Strukturen und Organisation der ZAB Essen und zu deren Umgang mit abgelehnten Asylbewerber*innen. Eine zentrale Aufgabe der ZAB



wird die Rückführung abgelehnter Asylbewerber*innen sein. Darüber hinaus soll sie die Identität von Flüchtlingen klären und für die Passersatzbeschaffung zuständig sein. Insgesamt wird die ZAB Essen alle kommunalen Ausländerbehörden im Regierungsbezirk Düsseldorf beim Abschiebeprozess unterstützen und die Rückführungsangelegenheiten der Menschen in den zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) übernehmen. Zudem werden die Mitarbeiter*innen der ZAB Essen in Zeitabständen in den ZUE präsent sein, um im ersten Schritt die freiwillige Rückkehrberatung durchzuführen, bevor eine zwangsweise Rückführung in die Wege geleitet wird.

Optimale Reintegration als Ziel

Wir als freiwillige PLANB-Ausreise- und Perspektivberatung legen den Schwerpunkt auf die unabhängige und individuelle Beratung der Menschen in Bezug auf die Sicherung des Lebensunterhalts, die wohnliche Situation und die Gesundheitsvorsorge der Menschen im Herkunftsland. Das Ziel ist eine optimale wirtschaftliche und soziale Reintegration und die freiwillige Rückkehr. Insofern erscheint es angebracht, die Menschen in den zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) über diese Wege und Chancen bei der Entscheidung für ihre freiwillige Rückkehr zu informieren, so wie die Rückkehrberater*innen von PLANB dies auch in der wöchentlichen Sprechstunde in der Erstaufnahmeeinrichtung in Essen praktizieren.

Schülerpraktikum: Zwei Wochen voller Aufgaben

Einen Arbeitsplatz in zwei Wochen kennenlernen und auf dieser Grundlage die eigene Berufsvorstellung konkretisieren? Mit diesem Auftrag stieß Madina, 17-jährige Schülerin eines Essener Aufbaugymnasiums, zu PLANB und bewarb sich um ein Praktikum bei den Beratungsdiensten in Kray.

Durch einen Bekannten hatte sie von unserem Projekt Blickwinkel erfahren, das jetzt mit einer Ausstellung zum Abschluss kam – und fand es spannend. Bei unserem Vorstellungsgespräch zeigte sich sehr schnell und eindeutig, dass Madinas Herz für die soziale Arbeit brennt und die Themen der Migrationsberatung sie sehr bewegen. Ihre persönliche Fluchtgeschichte aus Afghanistan ähnelt sehr den Schicksalen, denen wir in der alltäglichen Beratung begegnen. Umso begeisterter war sie, hinter die Kulissen blicken und die Fallbearbeitung selbst begleiten zu können.

Ging es beispielsweise um Probleme beim Familiennachzug, sagte sie stets: „Ja, das kenne ich.“ Sie hat sich in das Thema eingelesen und aus erster Hand erlebt, warum einiges rechtlich möglich ist, anderes wiederum nicht, und wie die Berater*innen damit umgehen – das hat ihr sehr weitergeholfen.

Ihre zwei Wochen Praktikum bestanden aus Hospitationen bei Klientengesprächen, teilweise auch als Sprachmittlerin, Begleitung bei zwei Sprechstunden in der Ausländerbehörde in Essen sowie reichlich Hilfestellung bei der Büroarbeit. Zum Schluss gab es Gelegenheit zu einem Gespräch mit einem PLANB-Berater und einem Lehrer als Praktikumsbetreuer über das Praktikum sowie allgemein über Migra-



Das Team der Migrationsberatung Essen mit Madina (Mitte vorn)

tionspolitik, Bildungschancen und den Schuleinstieg neuzugewandelter Kinder in Essen.

Den Nachwuchs begeistern

In den Augen einer Jugendlichen sind diese zwei Wochen prägend. Soziale Träger tun gut daran, sich frühzeitig an den richtigen Stellen, etwa bei Schulen, zu engagieren, um den Nachwuchs für sich zu begeistern und die Zukunft des Berufsfeldes zu sichern. In einem Bereich, der kaum weniger als die technischen Berufe vom Fachkräftemangel betroffen ist, bleibt es existenziell wichtig, Schüler*innen, Lehrkräften und Eltern die vielen spannenden Facetten der Sozialarbeit vorzustellen. Bei PLANB haben wir gerade wieder einmal gesehen: Es lohnt sich.

Bachtalo: Alles wurde besser

Im Oktober 2017 eröffnete PLANB in Herne die Begegnungs- und Bildungsstätte Bachtalo. Der Name ist ein Wort aus der Sprache der Roma, Romanes, das sich mit „Alles wird besser“ übersetzen lässt. Heute zeigt sich: Tatsächlich wurde seitdem vieles besser.

Nach einem Jahr Projektlaufzeit zieht die Begegnungsstätte am Ende der ersten Förderphase eine positive Bilanz: gut besuchte Freizeit- und Bildungsangebote, erhöhtes Engagement und viel gegenseitiges Kennenlernen. Seit November 2017 bietet Bachtalo in der Hauptstraße in Herne-Wanne regelmäßig niederschwellige Sprachtrainings für Erwachsene und Jugendliche, PC-Kurse, Tanz- und Musikworkshops sowie Treffmöglichkeiten für Migrant*innen in Herne. In 13 Monaten fanden außerdem eine Reihe gut besuchter Veranstaltungen statt, von der Einweihungsfeier über den Roma-Tag und viele Informationsveranstaltungen bis hin zur Gründung eines Selbsthilfvereins. Unter der Leitung der rumänischen Muttersprachlerin Alexandra Chiribes entstand in den Räumlichkeiten in der Hauptstraße 208 in Wanne ein lebendiger, stets gut besuchter Treffpunkt, besonders für rumänische und Roma-Zugewanderte, die in dem Quartier wohnen.

Viel erlebt, viel gelernt

Ohne den Einsatz des Bachtalo-Teams und der sehr engagierten Zielgruppe selbst hätten wir all die Aktivitäten nicht realisieren können – vom Frauentreff jeden Donnerstag über das Sprachtraining



für Kinder und Jugendliche zweimal wöchentlich bis hin zu den vielen Veranstaltungen und Ausflügen. Wir haben im Laufe des Projekts viel erlebt und viel voneinander gelernt: Wir haben gemeinsam gekocht, getanzt und gefeiert, waren mit den Kindern zusammen für einen Tag selbst wieder Kinder, im Movie Park oder auf der Halloween-Party – und vieles mehr. Im Rahmen von Bachtalo entstand auch eine Fotoausstellung, die künftig an verschiedenen PLANB-Standorten zu sehen sein wird.

Im Dezember 2018 endete das Bachtalo-Projekt in seiner jetzigen Form. „Viele positive Rückmeldungen zum Konzept des Projekts und seiner Umsetzung haben uns ermutigt, eine Fortsetzung zu beantragen. Jetzt hoffen wir – viele Kinder, Jugendliche, Frauen und Männer sowie alle anderen Mitwirkende – auf einen baldigen neuen Start!

mbeon: die erste Evaluation

Migrationsberatung per Smartphone – das ist die Idee hinter dem Projekt mbeon. Nach dem Start mit einer Machbarkeitsstudie im Jahr 2015 stand die App ab September 2017 zum Download bereit. Was als Neuland für die beratende Sozialarbeit begann, hat Erfolgchancen, braucht aber, wie sich jetzt zeigt, mehr Zeit.

Eine Evaluation im Rahmen des Fachforums Onlineberatung im September 2018 brachte ein erstes Fazit aus der bisherigen Arbeit mit mbeon. Danach wurde die App zwischen September 2017 und August 2018 insgesamt 950 mal heruntergeladen. Heute sind in den teilnehmenden Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen insgesamt 70 Berater*innen im Einsatz für mbeon.

Das Fachforum in Nürnberg bot auch Gelegenheit für einen ersten persönlichen Austausch des gesamten mbeon-Teams. Ein zentrales Thema waren dabei die Entwicklungspotenziale von mbeon in den Bereichen Werbung, Beratung und Technik. Hochkarätige Experten wie Prof. Dr. Richard Reindl, Leiter des Instituts für E-Beratung der Technischen Hochschule Nürnberg, und Andreas Wimmer, Geschäftsführer der Agentur zone35, die für die inhaltliche und technische Konzeption von mbeon verantwortlich ist, diskutierten mit den Beratenden auf Augenhöhe.

Mehr Werbung

Einig war man sich darin, dass sowohl online als auch offline mehr Werbung nötig sei. Derzeit ist mbeon auf Facebook vertreten und erscheint auch bei der Google-Suche an einer der ersten Stellen. Darüber hinaus wird das Angebot auch auf den Seiten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und der teilnehmenden Verbände dargestellt. Dazu gehören neben dem Roten Kreuz als Projektkoordinator der Bund der Vertriebenen (BdV), der Deutsche Caritasverband (DCV) und der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV). Allerdings wies Richard Reindl darauf hin, dass seiner Erfahrung nach Projekte in der Größenordnung von mbeon in der Regel mehr als ein Jahr brauchen, um sich auf dem Markt zu etablieren.

Befragung im Februar 2018

Zur Evaluation wurden im Februar 2018 insgesamt 31 Berater*innen in NRW und Bayern zu ihrer Zufriedenheit befragt. Gegenstand war ihre Arbeit mit mbeon im Zeitraum vom 1. September 2017 bis zum 26. Februar 2018 und das aus ihrer Sicht bestehende Optimierungspotenzial. Konkret ging es in der Befragung um die Chat-Beratung, um Inhalte der mbeon-Seite und der App sowie um die Zusammenarbeit im Projekt. Aus den Ergebnissen leitet die Agentur zone35 folgende Empfehlungen ab:

Werbemaßnahmen intensivieren

Die Downloadzahlen zeigen, dass die App und das Angebot noch nicht bekannt genug sind. Weitere Werbemaßnahmen sollen die Zielgruppe verstärkt auf das Angebot aufmerksam machen, beispielsweise durch gezielte Werbung in den einschlägigen sozialen Netzwerken. Offline soll der Werbeflyer überarbeitet werden, um sprachlich einfacher und visuell ansprechender zu werden. Die konventionelle Migrationsberatung für erwachsene Zuwander*innen (MBE) soll den direkten Kontakt mit Ratsuchenden für die Bewerbung des Angebots nutzen und die App gegebenenfalls erklären. Auch die Multipli-



kations-Wirkung von Fachtagen und Netzwerktreffen im MBE-Kontext soll für die Werbung genutzt werden. Nur wenn die MBE-Beratenden die App kennen und als hilfreich empfinden, so ein Fazit, können sie in der persönlichen Beratung darauf aufmerksam machen.

Downloadprozess analysieren

Auf der Grundlage einer Analyse sollen die Schritte, die zur Installation der App auf dem Smartphone notwendig sind, weiter vereinfacht werden.

Austausch der Berater*innen verstärken

Um mbeon als Instrument zur Praxisentwicklung etablieren und nutzen zu können, muss der Austausch unter den Berater*innen intensiviert werden. Hierfür soll die zentrale Projektsteuerungsebene Impulse geben, um den Austausch zu intensivieren.

Information der Berater*innen verbessern

Die Berater*innen sollen kontinuierlich über den Projektfortschritt auf dem Laufenden gehalten und enger eingebunden werden. Eine bessere Kommunikation über laufende und geplante Prozesse treibt die Projektentwicklung voran und optimiert die Rückmeldungen aus der Praxis zur Funktionalität des Tools.

Methodik-Schulungen optimieren

Die Befragung gibt auch Hinweise auf ergänzende Themen für die Methodik-Schulungen. Da die Beratung per Chat für viele Berater*innen ungewohnt ist, soll die Methodik-Schulung das Thema der Kommunikationsbedingungen in Chats aufgreifen.

Empfehlungen jetzt umsetzen

Weitere Schritte zur Optimierung der App auf Basis der Evaluation stehen noch aus. Der Nutzungsgrad ist weiterhin recht gering, da die App vielen weniger attraktiv erscheint als beispielsweise die Kommunikation per WhatsApp. Alle Beteiligten hoffen nun auf eine zeitnahe Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse und Empfehlungen.

Integration schafft Bleibeperspektiven: der § 25 a

Nachdem in den Jahren 2015 und 2016 viele Menschen schutzsuchend nach Deutschland kamen, hat sich der Zuzug nun deutlich verringert. Die Aufenthaltsperspektiven der Geflüchteten sind nun sehr unterschiedlich – je nach Fluchtgrund, Herkunftsland und ethnischer Zugehörigkeit.

Für manche ergaben sich sehr gute Integrations- und Arbeitsmöglichkeiten, sofern ihre Asylgründe akzeptiert wurden und sie demnach einen Aufenthaltstitel bekamen. Andere sind durch eine Ablehnung der Asylgründe oftmals in vielerlei Hinsicht auf verlorenem Posten. Für sie sind keine öffentlich geförderten Integrationsmaßnahmen wie Sprachkurse vorgesehen. Auch der Zugang zu vielen Maßnahmen, die den Einstieg in das Berufsleben erleichtern oder dafür qualifizieren, ist allen verwehrt, die nach negativem Ausgang des Asylverfahrens mit einer Duldung hier leben. Eine oft frustrierende Situation – speziell für junge Menschen, die Selbstverwirklichung durch Arbeit und gesellschaftliche Partizipation anstreben.

Für sie hat der Gesetzgeber die Möglichkeit geschaffen, sich durch gute Integration einen Aufenthaltstitel zu „erarbeiten“. Für junge Menschen bis 21 Jahre regelt das der Paragraph 25 a im Aufenthaltsgesetz. Er bietet einen relativ großen Ermessens- und Interpretationsspielraum für die Behörden: So muss sich die Person seit mindestens vier Jahren ununterbrochen im Bundesgebiet aufgehalten haben – erlaubt, geduldet oder gestattet. In dieser Zeit sollte erfolgreich eine Schule besucht oder ein Schul- oder Berufsabschluss erreicht worden sein. Hier sind die Formalia noch relativ klar umrissen.

Positive Integrationsprognose ist nötig

Weiter heißt es aber im Gesetzestext, es müsse gewährleistet erscheinen, dass der Mensch sich auf Grund seiner bisherigen Ausbildung und Lebensverhältnisse in die Lebensverhältnisse der Bundesrepublik einfügen kann. Damit ist gemeint, dass die zuständige Ausländerbehörde eine positive Integrationsprognose sehen muss. Diese wird deutlich begünstigt, wenn ehrenamtliches Engagement nachgewiesen werden kann. Auch der erfolgreiche Schulbesuch ist hier zentrales Kriterium. Schädlich hingegen sind begangene Straftaten. In diesem Fall wird eine

individuelle Bewertung durch die Behörde vorgenommen, wie schwer das Vergehen wiegt und ob eine Wiederholungsgefahr besteht.

Ausschlusskriterien sind weiter konkrete Anhaltspunkte, dass der Antragsteller sich nicht zur freiheitlich-demokratischen Ordnung bekennt oder im Vorlauf falsche Angaben über seine Identität oder Staatsangehörigkeit gemacht hat. Der letzte Punkt ist unter Umständen heikel, da zur Ausstellung einer Aufenthaltserlaubnis ein Pass unbedingte Voraussetzung ist (§5 AufenthG). Wer nun – vielleicht aufgrund zweifelhafter Empfehlungen von Schleppern – nicht die Wahrheit gesagt hat über seine Identität oder die Existenz eines Passes, steht jetzt vor einem Problem. Hier ist eine anwaltliche Beratung unablässig.

Unbedingt beraten lassen

Insgesamt erscheinen die Hürden nicht allzu hoch und verleiten dazu, sie für erfüllbar zu halten. Doch der erste Blick kann trügen. Speziell der Geduldetenstatus ist für junge Menschen und ihre Familien eine dauerhafte Last, die die persönliche, familiäre und berufliche Entwicklung in vielerlei Hinsicht hemmt. Mit der im Hintergrund ständig drohenden Abschiebung können gute Schulleistungen und ehrenamtliches Engagement nicht als selbstverständlich betrachtet werden, zumal auch, wie beschrieben, für diese Gruppe wichtige öffentliche Integrationswerkzeuge wegfallen.

Junge Menschen und ihre Familien sollten zu diesem Thema unbedingt eine versierte Beratungsstelle aufzusuchen, die unabhängig beraten kann. Denn jeder Einzelfall birgt mehr Komplexität, als sich hier umreißen lässt. So gibt es etwa Möglichkeiten, dass minderjährige Geschwister von diesem Aufenthaltstitel profitieren können – auch Eltern haben in diesem Zusammenhang geringe, aber vorhandene Chancen. Außerdem bietet der Paragraph 25 b für erwachsene Zugewanderte mit einer Duldung die Möglichkeit der Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration nach acht Jahren.

Schlussendlich vermittelt der Paragraph 25 a eine wichtige Botschaft: Aktive Integration kann sich lohnen. Auch für diejenigen, die abgehängt erscheinen.



Roma-Kinder: Inklusion trifft Integration



Der zweite Herne Fachtag zur Inklusion beleuchtete im November das Thema „Inklusion trifft Integration“ – ein wichtiges und spannendes Thema nicht nur für Schulämter und Schulen, sondern auch für Träger der Kinder- und Jugendhilfe sowie für Migrantenorganisationen. Die Veranstaltung in der Aula der Realschule Crange zeigte viele Diskussionen und Lösungsansätze.

PLANB beteiligte sich mit einem Workshop, der die Situation von Roma-Kindern aus Rumänien aus kultureller und praxisbezogener Sicht darstellte. Im Vordergrund standen Roma-Kinder, für die ein sonderpädagogischer Förderbedarf diagnostiziert wurde. Der Workshop sprach über zwei Beispiele aus der Praxis einer ambulanten PLANB-Erziehungshilfe und rückte allgemein die Bedarfe und Besonderheiten dieser Gruppe in den Fokus. Das Thema führt häufig zu Meinungsverschiedenheiten und offenbart zum Teil auch eine Überforderung sowohl der Schulen als auch der Kinder- und Jugendhilfeträger. Stichworte sind in diesem Zusammenhang Kooperation, Informationszugang und kultursensibler Umgang.

Anlass des Workshops war die mittlerweile häufige Feststellung eines sonderpädagogischen Förderbedarfs bei Roma-Kindern. Besonders bei den Eltern dieser Kinder stößt eine solche Diagnose oft auf Verständnislosigkeit. Die bisherige Erfahrung von PLANB aus der Arbeit mit Romafamilien vor allem in Herne legt die Vermutung nahe, dass viele Ursachen in den Strukturen der Community selbst und in der sozialen Lage der Familien liegen. Bekannt ist, dass die Roma-Community europaweit ausgegrenzt wird. Die Distanz der Aufnahmegesellschaft zu dieser Gruppe und der Mangel an Informationen über die Community verursacht Fragen und Probleme, die sich nicht immer auf den standardisierten Wegen lösen lassen.

81 Prozent ohne Schulabschluss

Im Workshop wurden Datenauswertungen aus der Arbeit des Integrationsprojekts LiHA – Leben in Herne (Anlaufstelle für Bürger*innen aus Rumänien und Bulgarien) vorgestellt. In der Zeit vom 1. März 2016 bis 31. Dezember 2017 gaben 52 Prozent der rund 1.200 befragten Erwachsenen an, dass sie einen Roma-Hintergrund haben. Die größten Probleme zeigen sich hier bei den Schul- und Berufsabschlüssen:

21 Prozent der befragten Roma gaben an, sie seien nicht alphabetisiert, im Vergleich zu neun Prozent der Nicht-Roma. 81 Prozent der befragten Roma hatten nach eigenen Angaben keine schulische Qualifikation, 86 Prozent keinen beruflichen Abschluss – im Vergleich zu 51 Prozent der Nicht-Roma.

Die Schwerpunkte der LiHA-Anlaufstelle und der ambulanten Erziehungshilfe in der Arbeit mit Roma gehen nur selten über die finanzielle und soziale Lage der Familien hinaus. Doch eine ganze Reihe von belastenden Vorbedingungen machen aus der Roma-Community eine Zielgruppe, mit der sich nur schwer nach aktuellen standardisierten Verfahren arbeiten lässt. Dazu gehören unter anderem kinderreiche Familien, die sich regelmäßig in prekären Lebenssituationen befinden, fehlender Wohnraum, Ausbeutung und fehlende Krankenversicherungen. Zu den weiteren Faktoren gehört neben der mangelnden Schulbildung der Eltern auch die in vielen Fällen bereits lange europäische Migrationsgeschichte der Familien, die vor ihrem Zuzug nach Deutschland oft schon in Spanien, Italien, Frankreich oder Polen gelebt haben, was die schulische Entwicklung der Kinder zusätzlich verkompliziert.

Für Frühförderung sensibilisieren

Oft sind Förderschulen die erste Lösung für den sehr häufig diagnostizierten sonderpädagogischen Förderbedarf – aufgrund mangelnder Kapazitäten und Personal an den allgemeinen Schulen. Die Frage, ob diese Familien nicht Unterstützung auf anderer Ebene bräuchten, um einen sonderpädagogischen Förderbedarf bereits im Vorfeld zu vermeiden, konnte der Workshop nicht eindeutig beantworten. Dazu wären spezielle Projekte nötig, die die Roma-Familien stärker für die Bedeutung der Frühförderung sensibilisieren und sie dabei unterstützen.

Für ein Kind, das bis zu seiner Einschulung keinerlei Kontakt mit einem Kindergarten oder Lernprojekten hatte und kaum Lernmaterialien gesehen hat, ist es kaum möglich, im ersten Schuljahr zu schaffen, was andere Kinder mit einem anderen Start ins Leben schaffen können. Künftige Entwicklungsauffälligkeiten und -störungen sind damit schon vorprogrammiert.

Migration wird überschätzt



Die meisten Deutschen überschätzen den Anteil von Migrant*innen und Muslim*innen an der Gesamtbevölkerung deutlich. Das zeigt eine aktuelle Analyse des Markt- und Meinungsforschungsinstituts Ipsos.

Danach wird der Anteil von Migrant*innen, der laut Mikrozensus 2017 real bei 23 Prozent lag, durchschnittlich auf 30 Prozent geschätzt. Geht es um die Anzahl der Muslim*innen, ist die Fehleinschätzung noch krasser: Die Befragten schätzen den Anteil auf 21 Prozent, tatsächlich liegt er aber laut Ipsos nur bei vier, nach anderen Schätzungen maximal fünf Prozent. Die Studie befasste sich mit der Wahrnehmung sozi-

aler Realitäten in verschiedenen Bereichen in 37 Ländern weltweit. Dabei zeigte sich, dass die Deutschen sich im internationalen Vergleich überdurchschnittlich oft irren. Selbst die Arbeitslosenquote, monatlich in den Medien zu finden, wird krass überschätzt: Die Befragten tippten auf rund 20 Prozent, während sie in Wirklichkeit nur bei 4 Prozent liegt.

„Konstruierte Diskurse polarisieren“

Dr. Robert Grimm, Director Public Affairs bei Ipsos, sieht in den Ergebnisse eine Folge der zunehmend polarisierenden öffentlichen Debatten: „Gerade bei den politisch brisanten Themen wie Migration und Muslime in Deutschland liegen Wahrnehmung und Realität weit auseinander. Diese Themen werden häufig in den Medien und in der Politik diskutiert. Die Diskurse sind dabei überwiegend negativ konstruiert, es wird polarisierend und emotional über Kontrolle, Kriminalität und Betrug debattiert. In der menschlichen Wahrnehmung verstärken sich damit soziale Phänomene zu überdimensionalen Problemen mit dringendem politischen Handlungsbedarf“

Insgesamt belegt Deutschland Platz 24 unter den 37 Ländern, was korrekte Schätzungen angeht. Das realistischste Bild von ihrer sozialen Realität haben demnach die Menschen in Hongkong, Neuseeland und Schweden. Am schlechtesten wurde in Thailand, Mexiko und der Türkei geschätzt.

Arbeitgeber-Präsident: „Ja, wir schaffen das.“

Ingo Kramer, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), äußerte sich im Dezember in einem Interview mit der Augsburger Allgemeine optimistisch über die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt.

„Wir müssen das Thema Migration auf alle Fälle nüchterner betrachten als in der Vergangenheit“, so Kramer. „Viele Migranten sind eine Stütze der deutschen Wirtschaft geworden. Wir müssen weiterhin eine offene Gesellschaft bleiben, die bereit ist, Fachkräfte aus dem Ausland anzuwerben. Wenn uns das nicht gelingt, besteht die Gefahr, dass wir wirtschaftlich wieder zurückfallen wie in den 90er-Jahren.“

Auf die Frage, wie Arbeitgeber*innen verhindern könnten, dass dringend benötigte Migrant*innen abgeschoben werden, antwortet Ingo Kramer: „Es genügt ein Blick ins Gesetzbuch. Wer bei uns eine Ausbildung beginnt, darf in den drei Jahren der Ausbildung nicht abgeschoben werden. Dieser Schutz gilt dann noch für zwei weitere Jahre.“

„Ich bin selbst überrascht“

Generell sei er der Ansicht: „Wir dürfen keine Angst vor Zuwanderung haben, sondern müssen Menschen, die zu uns kommen und hier arbeiten, als Bereicherung sehen“, und legt noch nach: „Ich höre nicht auf, für mehr Toleranz zu werben: In unseren Krankenhäusern, bei der Polizei oder in der Wissenschaft – überall arbeiten gut integrierte Menschen aus aller Welt. Diese Bilder müssen medial stärker aufgegriffen werden als Bilder von Schwierigkeiten in manchen Asylunterkünften, wo Migranten monatelang in bedrückender Enge festgehalten werden.“



Ingo Kramer, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)

Gefragt nach dem berühmten Merkel-Zitat, antwortet der BDA-Präsident eindeutig: „Mit dieser Annahme liegt Frau Merkel richtig. Ja, wir schaffen das mit der Integration.“ Von mehr als einer Million Menschen, die seit 2015 nach Deutschland gekommen seien, hätten heute bald 400.000 einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz, so Kramer. „Ich bin selbst überrascht, dass das so schnell geht.“

Das vollständige Interview: www.bit.ly/bda_interview

Aus der Sicht einer begleiteten Minderjährigen

Wie sieht eine junge Afghanin, die mit ihren Eltern nach Deutschland geflohen ist, die Situation der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge? Wir sprachen darüber mit Aaysha. Sie ist 17 Jahre alt, kam vor drei Jahren aus Afghanistan nach Deutschland und arbeitet momentan als Schülerpraktikantin bei der PLANB-Asylverfahrensberatung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Unsere Fragen beantwortete sie in akzentfreiem Deutsch.

Wie siehst Du die Situation von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen im Vergleich zu Deiner Situation?

Aus der Schule kenne ich einige Jugendliche, die als Flüchtlinge ohne ihre Eltern nach Deutschland kamen. Gerade für Jugendliche unter 18 bedeutet Familie Unterstützung und Motivation. Im Alltag ergeben sich in der Familie viele Gelegenheiten, Erfahrungen zu sammeln. Mir ist die Unterstützung meiner Familie zum Beispiel bei Entscheidungen, die ich treffen muss, besonders wichtig. Wenn man in ein fremdes Land kommt, in dem das Leben ganz anders organisiert ist und wo fast alle alltäglichen Abläufe anders sind als dort, wo man geboren und aufgewachsen ist, dann hilft einem die Familie bei der Orientierung in dem neuen Leben in Deutschland. Das ist aus meiner Sicht etwas ganz Wichtiges, diese Unterstützung gegen die Gefühle der Unsicherheit und Orientierungslosigkeit in der neuen Umgebung.

Wofür ist die Familie noch wichtig?

Ich glaube, dass man sich auch besser anpassen kann, wenn man als Jugendlicher mit der eigenen Familie zusammenlebt. Vielleicht gibt es auch negative Beispiele, aber überwiegend denke ich, dass die Famili-

en die Jugendlichen bei der Bildung, also mit der Schule und dem Lernen, unterstützen und motivieren. Die Eltern stehen ja hinter ihnen und wollen das Beste für ihre Kinder.

Wie geht es unbegleiteten Jugendlichen deiner Erfahrung nach?

Die unbegleiteten Jugendlichen kommen in ein Umfeld, in dem alles anders ist, als sie es kennen. Es bildet sich ein Berg der Verwirrung, den sie alleine oft nicht auflösen können. Daraus entstehen psychische Probleme. Wenn dann Schwierigkeiten hinzukommen wie etwa ein abgelehnter Asylantrag, so dass sie sich trotz ihrer Bemühungen abgelehnt fühlen, dann sehen einige nur noch einen Selbstmord als einzigen Ausweg. Manche reagieren auf das Gefühl der Überforderung und Ausweglosigkeit, indem sie sich von ihrem Umfeld isolieren, andere schließen sich Gruppen an, die schlechte Taten begehen, wodurch sich anschließend weitere negative Erfahrungen ergeben, so dass ihre Lage immer schlechter wird.

Wie belastend ist die Trennung im Alltag?

Die meisten Jugendlichen, die ihre Familie zurückgelassen haben, leiden sehr darunter, dass die Familienzusammenführung nicht klappt. Die Folge ist, dass sie sich auf das Leben hier nicht richtig einlassen können. Dann können sie sich zum Beispiel in der Schule schlecht konzentrieren. Sie machen sich ständig Sorgen um die Sicherheit und das Wohlergehen ihrer Angehörigen. Mit einem Freund habe ich immer wieder darüber gesprochen.

Liebe Aaysha, vielen Dank für das Gespräch und deine Hilfe in der Beratung!

Entfremdung in der Fremde

Menschen stellen oft als Höflichkeitsfloskel gemeinte Routinefragen, deren Antworten sie im Grunde nicht interessieren. So wird die Frage „Wie geht es dir?“ meist mit „Gut“ beantwortet, obwohl das sicher in vielen Fällen nicht zutrifft. Der Antwortende weiß ganz genau, dass sein Gegenüber an seinem Wohlergehen nicht interessiert ist.

Solche Fragen sind gesellschaftliche Konstrukte, an denen wir uns festhalten. Unerwartete Antworten könne uns daher stark verunsichern – wenn beispielsweise der syrische Flüchtling Amjad auf die Frage „Wie geht es dir?“ wahrheitsgemäß antwortet: „Ich bin entfremdet in der Fremde.“ Auf den ersten Blick scheint seine Formulierung sinnlos und widersprüchlich. Erst wenn die Aussage unter die Lupe genommen wird, lässt sie sich entziffern. Seine Antwort entspricht der Lage vieler syrischer Flüchtlinge in Europa, die dreifach belastet sind: durch die Fremde, die Allgegenwärtigkeit des Kriegs und durch Entfremdung.

Vollständiger Systemwechsel

Wir Menschen sind Gewohnheitstiere und fürchten uns vor Veränderungen, die meist Unsicherheit und Verlust mit sich bringen. Aber eine Flucht aus der Heimat bedeutet eine Veränderung von kaum vorstellbarem Ausmaß. Auszuwandern, zu fliehen und künftig in der Fremde zu leben bedeutet mehr als nur die Heimat zu verlassen. Es bedeutet, ein ganzes System aufzugeben und sich in ein neues zu begeben. Eine Veränderung, die nicht weniger mit sich bringt als den Zusammen-



bruch der privaten Welt. Das bleibt nicht ohne psychische Folgen. Geflüchtete verlieren ihr Zuhause, die Vertrautheit des Alltags, die Spontaneität ihrer Reaktionen, die Echtheit, ihre Identität und ihre Nützlichkeit.

Krieg bleibt allgegenwärtig

Was die Notlage der syrischen Flüchtlinge noch verstärkt, ist ihre Zerrissenheit zwischen der Sicherheit, die ihnen Europa bietet, und der Situation von Freund*innen und Verwandten im Krieg. Trotz ihrer Flucht können sie dem Krieg nicht entfliehen. Seine Allgegenwärtigkeit verdüstert noch ihr Leben am Zufluchtsort, in Sicherheit. Die dritte Belastung neben der Fremde und Allgegenwärtigkeit des Kriegs ist die Entfremdung. Gemeint sind in diesem Zusammenhang die Pflichten, die auf einen Flüchtling in der Fremde zukommen. Die Annahme einer einfachen Arbeit bietet ihm nicht die Befriedigung eines Bedürfnisses, sondern einen Zwang – so entfremdet er sich von sich selbst und seiner Natur. Diese Situation der Entfremdung kann nur verstehen, wer sie erlebt hat.



Bei der Vernissage im Katakomben-Theater: Shiva Shafiei und Yavuz Arslan (vorn, v. l.) mit den Fotograf*innen und ihren Werken.

Blickwinkel: Was bleibt?

Im Februar endet die Projektlaufzeit von Blickwinkel. Das Integrationsprojekt, bei dem neuzugewanderte und alteingesessene Essener Bürger*innen gemeinsam ihre Stadt mit der Kamera erkundeten, gehört zweifellos zu unseren erfolgreichsten. Umso wichtiger war es uns, einen angemessenen Schlusspunkt im würdigen Rahmen zu setzen und gleichzeitig die Nachhaltigkeit der Ergebnisse zu sichern.

Der Abschluss ist gelungen: Rund 100 Gäste folgten am 22. Januar unserer Einladung ins Katakomben-Theater in Essen-Rüttenscheid zur Eröffnung der Blickwinkel-Ausstellung. Wir konnten zahlreiche Freund*innen, Partner*innen und Interessierte begrüßen, darunter Vertreter*innen des Jugendamts, des Kommunalen Integrationszentrums, des Paritätischen und befreundeter Organisationen und Träger. Grußworte von Oberbürgermeister Thomas Kufen sowie von Vertreter*innen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und des NRW-Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration zeigten die hohe Wertschätzung, die das Projekt genießt.

„Das Projekt Blickwinkel ist einmalig, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren mit großartigem Einsatz dabei und die ausgestellten Bilder sind hervorragend“, lobte Oberbürgermeister Thomas Kufen. „Beeindruckende Arbeiten, außergewöhnliche Porträts von Personen und Stadtteilen“ zeige die Ausstellung. „Ich freue mich über dieses tolle Projekt“, so der Oberbürgermeister weiter.

Schlusspunkt und Auftakt

Der grandiose Schlusspunkt im Januar war gleichzeitig ein Auftakt: Die Ausstellung ist zunächst bis zum 24. Februar im Katakomben-Theater zu sehen und wird danach an weiteren Orten im Ruhrgebiet gezeigt (s. S. 5). Eine aufwendig gestaltete Begleitbroschüre zeigt viele weitere Fotos, die nicht in der Ausstellung zu sehen sind, erzählt die Geschichte des Projekts und seiner Teilnehmer*innen und wirft einen Blick hinter die Kulissen. „An der Nachhaltigkeit haben wir gemeinsam mit der Gruppe lange gearbeitet“, berichtet Projektleiterin Shiva Shafiei. „Es sind viele echte Freundschaften entstanden, soziale Kontakte, die die Neuzugewanderten auf ihrem Weg des gesellschaftlichen Ankommens in Essen gut nutzen können. Auch die Anbindung der Gruppe an Anlaufstellen und Netzwerke in den Stadtteilen, an Dienste von PLANB und an die Uni Duisburg-Essen und hat gut funktioniert. Hinzu kommt, dass viele auch zur Fotografie nun eine viel engere Beziehung haben. Sie sehen die Welt nun anders: aus Sicht einer*eines Fotograf*in.“

Wir wünschen allen Teilnehmer*innen für die Zukunft alles Gute und bedanken uns für die tolle Eindrücke und Erlebnisse.

Interessierte können die Broschüre „Blickwinkel – Begegnungen in Essen“ kostenlos bestellen bei presse@planb-ruhr.de.



Thomas Kufen, Oberbürgermeister der Stadt Essen, und Gülseren Çelebi, Geschäftsführerin von PLANB Ruhr e.V. (v. l.)



Großes Lob und viel Anerkennung ernteten die Fotograf*innen für ihre gezeigten Werke.



Kostenlos bei PLANB erhältlich: die 72-seitige Begleitbroschüre zur Ausstellung.



„Sackgasse Duldung“ beschäftigt Flüchtlingskonferenz

Unter der Überschrift „Dialog in der Stadtgesellschaft – Sackgasse Duldung“ fand im Oktober 2018 in Essen eine Flüchtlingskonferenz statt. Rund 120 Teilnehmer*innen aus der Stadtverwaltung, Politik, Sozialarbeit und Zivilgesellschaft waren zum Essener Campus der Universität Duisburg-Essen gekommen – eine Zahl, die das große Interesse an dem Thema verdeutlicht.

Gefragt waren vor allem Erfahrungen und Lösungsvorschläge zum Thema Langzeitgeduldete in Essen. In der Stadt leben rund 2.500 sogenannte „kettengeduldete Altfälle“, also insbesondere aufenthaltsrechtlich Ungeklärte aus dem Libanon. Sie leben seit ihrer Zuwanderung in den 1980er-Jahren mit einem Aufenthaltsstatus, der sie steter Ungewissheit und Angst vor der Rückführung aussetzt. Weder die Türkei noch der Libanon erkennen sie als Staatsbürger*innen an und statten sie mit Passpapieren aus. Das Essener Ordnungsamt tut sich mit der rechtlichen Legalisierung dieser Personengruppe schwer – teilweise fehlt die rechtliche Grundlage dafür.

Auch die zahlreichen in den letzten Jahren ohne Identitätsnachweis eingereisten Asylsuchenden drohen sich zu langfristig Geduldeten zu entwickeln, da sie ebenfalls keinen Reisepass von ihrer hiesigen Botschaft erhalten. Ohne Feststellung der Identität, also ohne Vorlage eines Passes, Personalausweises oder sonstiger aussagekräftiger Urkunden kann grundsätzlich keine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden – weder eine Duldung noch ein sonstiger Titel. Da auch eine Rückführung unmöglich ist, mutet die Situation wie eine Sackgasse an. Erklärtes Ziel der Veranstalter*innen der Flüchtlingskonferenz ist es also, den Status quo dieser Menschen zu ändern.

Leben ohne Pass

Wie lebt es sich im Alltag ohne Pass? Mit dieser Frage beschäftigte sich ein eingespielter Kurzfilm, in dem zwei junge Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien in Essen von ihren Problemen in der Schule, mit Behörden, beim Reisen und mit der Wohnungssuche berichteten. „Wer gibt dir eine Wohnung oder einen Job, wenn deine Duldung immer nur sechs Monate gültig ist?“ Sätze wie dieser führten in der Halle des Essener Studierendenzentrums „Die Brücke“ direkt in die

Diskussion. Ein anderes Zitat des Films verdeutlicht die Ausweglosigkeit der Geduldeten: „Ich bin in die Duldung hineingeboren und möchte nicht, dass meine Kinder dasselbe Schicksal erleiden.“

Erste positive Entwicklungen

Unter der sachkundigen Moderation der Essener Journalistin Christine Kostrzewa debattierten unter anderem Christian Kromberg, Rechtsdezernent der Stadt Essen, Dr. Lothar Becker, Leiter des Kölner Ausländeramts und Wolfgang Gröber von der Evangelischen Jugend- und Familienhilfe Essen mit Vertreter*innen des Veranstalterkreises und dem Publikum – immer sehr konkret und lösungsorientiert.

Die Forderungen in Richtung Politik und Verwaltung waren eindeutig, doch nur für einen kleinen Teilbereich davon ist derzeit auch ein politischer Wille zur Umsetzung erkennbar. Es gibt jedoch erste Anzeichen für eine positive Entwicklung. Zum einen wurde ein Zug-um-Zug-Verfahren vereinbart, wonach die Ausländerbehörde den „Ungeklärten“ zusichert, dass sie zur Mitwirkung an der Passbeschaffung in ihr Herkunftsland ausreisen und zur Erlangung der Aufenthaltserlaubnis wieder einreisen dürfen. Zum anderen gab es eine Absichtserklärung, das bisherige Essener Modell zur Legalisierung von Kindern und Jugendlichen aus dem Libanon mit langjährigem Duldungsstatus um weitere Personengruppen anderen Alters und anderer Herkunft zu erweitern.

Dranbleiben

Veranstalter*innen der Flüchtlingskonferenz waren neben PLANB die AWO Essen, die CSE, die gemeinsame Gesellschaft von Caritasverband und Sozialdienst katholischer Frauen, das Diakoniewerk Essen, der AKJ – Arbeitskreis Jugend Essen, die Neue Richtervereinigung, und Pro-Asyl/Flüchtlingsrat Essen. Sie alle waren sich nach der Konferenz einig, weiterhin an dem Thema dranzubleiben und gemeinsam mit den beteiligten Akteur*innen die Ergebnisse nachzuverfolgen. Der Dialog hat jedenfalls schon dazu beigetragen, die scheinbar unlösbare Problematik erneut auf die Agenda der Stadtverwaltung, der Sozialverbände und der lokalen Öffentlichkeit zu setzen.

ESSEN/MÜLHEIM AN DER RUHR

Regionale Flüchtlingsberatung

Im landesgeförderten Programm werden Asylsuchende von der Asylantragstellung bis zum Abschluss des Verfahrens beraten. Die Begleitung bei den ersten Schritten der Integration steht genauso im Mittelpunkt wie die fachliche Unterstützung im Asylverfahren. In Kooperation mit Rechtsanwält*innen und Behörden werden etwa Fragen der Familienzusammenführung oder der Integration in Arbeit und Bildung behandelt.



Kai Bothe
Kraye Str. 208
45307 Essen
☎ 0201 319773-10
☎ 0201 408742-97
☎ 0172 7806289
✉ reg.beratung.essen@planb-ruhr.de



Irina Ahmad
Nachbarsweg 25 a
45481 Mülheim an der Ruhr
☎ 0208 848449-71
☎ 0208 848449-74
☎ 0172 8773514
✉ reg.beratung.muelheim@planb-ruhr.de

ESSEN

Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE)

Ziel der MBE ist es, erwachsene Neuzugewanderte in ihrer soziokulturellen und ökonomischen Integration zu stärken. Darüber hinaus leistet die MBE durch eine enge Vernetzung mit vielen kommunalen Akteur*innen einen Beitrag für die interkulturelle Öffnung der Kommune. Gegenstand der Beratung sind meist Sprachförderung, Anerkennung von Berufsabschlüssen aus dem Ausland, Vermittlung in Arbeit und Sozialleistungen.



Şehriban Özdemir, Blerian Kushta
Kraye Str. 208
45307 Essen
☎ 0201 408742-96
☎ 0201 408742-97
☎ 0172 9015922
✉ migrationsberatung-essen@planb-ruhr.de



Ausreise- und Perspektivberatung

Die landesgeförderte Stelle verfolgt das Ziel, rückkehrwilligen oder ausreisepflichtigen Geflüchteten eine Rückkehr in Würde zu ermöglichen. Dazu gehören die Vermittlung von Informationen über die Ausreise, finanzielle Hilfen sowie Anlaufstellen im Zielland. Aber auch Perspektivberatung in Bezug auf den weiteren Aufenthalt ist Gegenstand unseres Angebotes.



Pinar Aktürk, Nese Sertoğlu
Kraye Str. 208
45307 Essen
☎ 0201 536678-36
☎ 0201 408742-97
✉ rueckkehrberatung@planb-ruhr.de



Projekt Blickwinkel

Blickwinkel ist ein künstlerisches Integrationsprojekt. Es geht um die Begegnung zwischen erwachsenen Neuzugewanderten und alleingewanderten Essener Bürger*innen. In Workshops und Gruppenaktivitäten rund um das Thema Fotografie entsteht ein Gruppengefühl, Akzeptanz und Toleranz werden gefördert.



Shiva Shafiei
Kraye Straße 208
45307 Essen
☎ 01520 8519345
✉ s.shafiei@planb-ruhr.de



Asylverfahrensberatung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Das Angebot richtet sich an schutzbedürftige unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und ihre Vormünder mit Informationen zum Asylverfahren und zu weiteren Möglichkeiten zur Aufenthaltssicherung. Schulungen für Ehrenamtliche sowie Mitarbeiter*innen der Stadt und Jugendhilfeeinrichtungen gehören ebenfalls dazu. Als Teil des Landesprogramms „Soziale Beratung für Flüchtlinge“ ist die Stelle mit zahlreichen Partner*innen aus der Kinder- und Jugendhilfe und der Migrationsarbeit eng verflochten.



Jeannine Schwemer
Kraye Str. 208
45307 Essen
☎ 0201 536678-37
☎ 0201 408742-97
✉ asylverfahrensberatung-umf@planb-ruhr.de



HERNE

InHa – In Herne angekommen

Zielgruppe des Projekts „In Herne angekommen“ sind zugewanderte Herner Bürger*innen aus dem südosteuropäischen Raum, die Anschluss an die vor Ort bestehenden Hilfs- und Regelangebote suchen. Dafür wurden zwei Anlaufstellen mit muttersprachlichen Unterstützungsangeboten geschaffen. Durch individuelle Beratung werden die Ratsuchenden informiert und ihre Fähigkeit zur Selbsthilfe gestärkt.

Öffnungszeiten:
montags, dienstags und donnerstags 14 bis 16 Uhr,
mittwochs 9 bis 11 Uhr

Anlaufstelle Rathaus Wanne / Gesundheitsamt



Ioana Martoiu
István Attila Szász
Zimmer 37
Rathausstr. 6
44649 Herne
☎ 02323 1637-03
✉ i.martoiu@planb-ruhr.de
✉ i.szasz@planb-ruhr.de



Integrationsagentur Herne

Unser Ziel ist es, Beiträge für eine wirksame Integration vor Ort anzustoßen, Potenziale für bürgerschaftliches Engagement zu erkennen und zu aktivieren, zusammenzuführen und interkulturell kompetent zu begleiten. Die Vernetzung der Migrantenselbstorganisationen untereinander und die Heranführung an die bestehenden Angebote der städtischen Institutionen, vor allem in den jeweiligen Quartieren, stehen dabei im Fokus.



Mahmut Hamza
Hauptstraße 208
44649 Herne
☎ 02325 56991-62
☎ 02325 56991-61
✉ integrationsagentur@planb-ruhr.de



BOCHUM

Flüchtlingsunterkunft Emil-Weitz-Straße

Im Dezember 2017 übernahm PLANB die Verwaltung der Wohncontaineranlage an der Emil-Weitz-Straße in Bochum-Wattenscheid. Bei voller Auslastung bietet die Unterkunft 268 Menschen Platz und viele integrative Angebote.



Leitung
Susan Çelebi
☎ 02327 91992-10
✉ FUEmil-Weitz@planb-ruhr.de



Flüchtlingsunterkunft Bochum-Wattenscheid

Seit Dezember 2017 betreut PLANB die Wohnhäuser in der Voedestraße und der Parkstraße in Bochum. Insgesamt sind dort 94 Bewohner*innen untergebracht, mit denen das Team aktive Integrationsarbeit leistet.



Leitung
Handan Çelebi
☎ 02327 54487-10
✉ FUWattenscheid1@planb-ruhr.de



Flüchtlingsunterkunft Am Nordbad

Seit Oktober 2018 betreut PLANB die Flüchtlingsunterkunft Am Nordbad. Bei voller Auslastung bietet sie 350 Bewohner*innen Platz. Ergänzend zu deren Betreuung entwickeln die erfahrenen Mitarbeiter*innen von PLANB integrative Angebote für Groß und Klein.



Leitung
Mahmut Hamza
☎ 0234 913899-51
☎ 01522 1670661
✉ FUNordbad@planb-ruhr.de



ZdV – Zentrum der Vielfalt (Bochum)

Mit dem ZdV hat PLANB einen Begegnungs- und Bildungsort geschaffen, in dem Vielfalt geschätzt und gelebt wird. Es gibt ein breites Angebot für Bürger*innen aus Bochum und Umgebung sowie Zugewanderte. Sie möchten einen Sprachkurs machen oder mit Gleichgesinnten ins Gespräch kommen? Wir bieten ein abwechslungsreiches Programm für alle Interessen!



Stefanie Rapp
Alleestr. 46
44793 Bochum
☎ 0234 459669-10
☎ 0234 459669-99



mbeon:
Migrationsberatung

Migrationsberatung per Smartphone bietet die App mbeon. Professionelle Berater*innen helfen sofort in vielen Sprachen. Datensicherer Dokumentenversand ist möglich.

Das mbeon-Team berät zum Aufenthalt und Leben in Deutschland, zum Beispiel zu Sprach- und Integrationskursen, Arbeitsmöglichkeiten sowie zur Wohnungssuche, Gesundheitsvorsorge oder zur Vermittlung von Kinderbetreuung inklusive Adressen regionaler Beratungs- und Anlaufstellen.

Weitere Infos unter www.mbeon.de

IMPRESSUM

Herausgeber
PLANB Ruhr e. V.
Interkulturelle Kinder- und Jugendhilfe
Alleestr. 46, 44793 Bochum
T 0234 459669-10, E presse@planb-ruhr.de
www.planb-ruhr.de

Erscheinungsort/-jahr
Bochum, Februar 2019

Druck
Flyeralarm GmbH, Alfred-Nobel-Str. 18,
97080 Würzburg

Verantwortlich für den Inhalt
Ercüment Toker, PLANB Ruhr e. V.

Redaktion
Georg Stankiewicz, PLANB Ruhr e. V.

Gestaltung, Satz, Grafik
Melanie König, PLANB Ruhr e. V.

Bildnachweis
Alle Bildrechte liegen, soweit nicht anders angegeben, bei PLANB.